

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1909**

128 (9.6.1909) 1. Blatt



# Badischer Beobachter.

## Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abgabenstellen, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt, monatlich 80 Pfg. durch den Briefträger ins Haus gebracht, 80 Pfg. vierteljährlich, 2.40. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

**Beilagen:**  
Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Stern und Blumen“.  
Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familientisch“.

**Anzeigen:** Die sechspaltige Beilage oder deren Raum 25 Pfg., Restanten 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an.  
Reaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden).  
Erscheinenszeiten der Reaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Redaktions- und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: Franz Wahl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.

Verantwortlich für Anzeigen und Restanten: Hermann Wahler in Karlsruhe.

### \* Zur Reichsfinanzreform

hat bekanntlich die „Nordd. Allg. Ztg.“ in ihrem Wochenrückblick eine Anklage gebracht, in welcher wohl die Stellung der Regierung angedeutet wurde. Eine Zentrumskorrespondenz meint dazu: „Die frühere Opposition schmilzt ganz gewaltig zusammen, so daß man sich der Hoffnung hingeben darf, auch über den Rest noch eine Verständigung zu erzielen. Die Umstufung wird glatt angenommen; die Bedenken gegen die Wertzuwachssteuer hat man fallen gelassen. Von allen Verbrauchssteuern werden nur noch die Steuern auf die Mühlenmehlmühle und die Kohlenausfuhrrollen; beide Steuern sind in der Rechnung mit 37 Millionen Mark eingestellt. Aber man sieht hier schon kein Unannehmliches mehr, wie es bisher gewesen hat. Man darf also feststellen, daß über die sämtlichen indirekten Steuern eine Verständigung im Kerne vorhanden ist und daß nur noch einige Einzelheiten bestritten sind.“

Weniger optimistisch ist die „Köln. Volkszeitung“, welche in Nr. 480 bemerkt: „Die Beratungen, welche die „Nordd. Allg. Ztg.“ über die Reichsfinanzreform der Reichstagskommission des Reichstags anstellt, sind für diejenigen, welche noch auf ein baldiges Zustandekommen der Finanzreform gehofft hatten, nicht gerade ermutigend, endlich einmal aber gleichwohl keine unbedingte Ablehnung dieser Kommissionsbeschlüsse.“

Wesentlich der Kohlenausfuhr und Mühlenmehlmühle schreibt das Rheinische Zentrumblatt: „Jedenfalls sind letztere beiden Materien, Kohlenausfuhrrollen und Mühlenmehlmühle, ohne Belang für die Deckung des Finanzbedarfs, weil die Finanzkommission diesen Bedarf durch Annahme der Notierungsgeldsteuer und Immobilitätswertzuwachs- und Umsatzsteuer bereits überdeckt hat, so daß ganz gut ohne Schäden für das Ganze, eine oder die andere der kleineren Steuern, Ersatzsteuern in Wegfall kommen kann.“

Dann schreibt die „Köln. Volkszeitung“ weiter: „Wenn die Einbringung der Mühlenmehlmühle und des Kohlenausfuhrrollen in das Finanzgesetz als eine Cabinetsfrage seitens der verbündeten Regierungen angesehen werden sollte, so wird man sich darüber wohl verständigen; anders liegt es aber mit der gleichfalls von der „Nordd. Allg. Ztg.“ angeforderten Notierungsgeldsteuer. Mit dieser oder einer gleichartigen Steuer dürfte die Finanzreform stehen oder fallen. Die verbündeten Regierungen vernehmen offenbar die Lage der Dinge, wenn sie darauf bestehen wollen, den arbeitenden Besitz, der Landwirtschaft, Industrie und dem Handel, immer schwerere Lasten auflegen zu wollen, das mobile Kapital und die Börse dagegen auch weiterhin zu schonen.“

Ähnlich doch vor einiger Zeit auch die national-liberale „Rheinische Westf. Zeitung“: „Was wir aber einmal dazwischen wollen, war die Tatsache, daß gerade das arbeitende, erwerbende, kämpfende Kapital, ohne welches unser Staat in die Bedeutungslosigkeit zurückfallen würde, in einer Weise belastet ist, die ohne Beispiel daheim. Von diesem Standpunkt aus können wir nicht umhin, rund heraus zu erklären, daß die Tendenz der Konventionen, endlich einmal von der Verzerrung des immobilien Besitzes abzugehen und den

mobilen Besitz schärfer zu gehen, in Industrie-freien anerkannt und mit großer Sympathie verfolgt wird. Es ist eine beklagenswerte Neigung des Staates und der Gemeinden, die Steuern auf die arbeitende und kämpfende Produktion zu verlegen.“

Die „Germania“ in Berlin bringt in Nr. 128 1. Blatt einen Artikel, den sie als „Weg zur Verständigung“ charakterisiert. Der sehr verständig geschriebene Aufsatz stellt zunächst fest, daß von 455 Millionen, welche die Regierung abzüglich der nicht aufgehobenen Abgaben und der nicht angenommenen Ermäßigungen der Zuckersteuer forderte, bereits 475 — also 20 Millionen mehr — in der Kommission bewilligt seien, nämlich:

durch die Brausteuer	100 Mill.
durch die Tabaksteuer	45 „
durch die Branntwein- u. Parfümeriesteuer	100 „
durch die Schaumweinsteuer	5 „
durch die Steuern auf Bündelholz und	
Verdichtungsstöcke	45 „
durch Erhöhung d. Zölle auf Kaffee u. Tee	40 „
durch die Notierungsgeldsteuer	80 „
durch die Umsatz- und Wertzuwachssteuer	60 „
zusammen	475 Mill.

Auch sie schreibt ähnlich wie die „Köln. Volksztg.“: „Es könnte also seitens der Rechten auf die Mühlenmehlmühle und den Kohlenausfuhrrollen, die in obigem Betrag nicht berücksichtigt sind und sowohl der Linken als auch den verbündeten Regierungen ganz besonders unpopulär zu sein scheinen, ganz gut verzichtet werden, ohne die Deckung des vollen Bedarfs in Frage zu stellen. Nur müßte die Linke unter Verzicht auf die Erbschaftsteuer die Notierungsgeldsteuer annehmen.“

Einen Streitpunkt bildet die Notierungsgeldsteuer. Gegen diese hegen die Geldleute, wie an anderer Stelle ausgeführt wird — aber mit sehr erfreulichen Ausnahmen. Während auf der einen Seite mit Recht gesagt wird, daß der Grundbesitz eine hohe besondere Steuerlast zu tragen hat im Gegensatz zum beweglichen Besitz — man denke nur an die Gemeindefiskalen, bei denen der liegendchaftliche Besitz weit mehr herangezogen ist als der bewegliche — wehrt man sich auf Seite der Börse, indem man es als großes Unglück bezeichnen will, falls die Börse etwas mehr herangezogen werden würde. Aber mit vollem Recht sagt auch die „Germania“: „Den einzigen Differenzpunkt würde die Frage bilden, ob die Erbschaftsteuer oder die Notierungsgeldsteuer beibehalten werden soll. Jeder vernünftige Grund gegen die Annahme der letzteren fehlt, da sich diese Abgabe in Frankreich längst bewährt hat, keineswegs als drückende Last betrachtet wird und infolge ihrer Einfachheit bei Regierung und Parlament erst vor kurzem um 25 Prozent erhöht worden ist. Für die Notierungsgeldsteuer spricht auch der Umstand, daß sie kaum 1 1/2 Millionen Mark Erhebungskosten verursacht, daß für die Erhebung der Erbschaftsteuer dagegen 20 Millionen Mark jährlich an die Bundesstaaten zu zahlen wären. Wenn die Linke sich hartnäckig darauf verweisen sollte, anstelle der Notierungsgeldsteuer die Erbschaftsteuer durchzuführen, so würde sie damit nur beweisen, daß es ihr nicht um eine Verständigung, sondern um eine Wachtprobe zu tun ist.“

Die von der Finanzkommission beschlossenen Steuererhöhungen der Notierungsgeldsteuer sind im allgemeinen weit

mäßiger, als die in Frankreich geltenden; für inländische Obligationen ist nur 1 vom Tausend vorgesehen, in Frankreich werden 2 1/2 vom Tausend erhoben. Nur für die zum Börsenverkehr zugelassenen Werte bildet der Beschluß der Finanzkommission eine etwas höhere Belastung, als die in Frankreich geltende; auch hier wäre wohl eine Verständigung auf Grundlage des französischen Steuerfußes von 2 1/2 vom Tausend möglich.“

Absolut Stichhaltiges kann dagegen nichts vorgebracht werden. Die „Frankf. Ztg.“ will das Argument mit Frankreich zwar nicht gelten lassen; aber im Grunde genommen kommen ihre Bedenken nur darauf hinaus, daß den französischen Geldleuten die Notierungsgeldsteuer genau so unangenehm ist, wie den deutschen, welche nichts bezahlen wollen. Wenn man aber doch einmal diesen Protesten der Interessenten-freie durchsahen Gehör schenken wollte bei der ungeheuren Finanznot im deutschen Reich, dann würde man weit besser von vornherein auf eine höhere Belastung des Tabaks verzichten, als auf Belastung der Börse. Tatsächlich hat jedoch die Regierung von vornherein erklärt, daß sie auf einer Erhöhung des Tabaks bestehen müßte, um wieviel mehr ist es am Platz, die Geldleute heranzuziehen, wobei es sich nicht wie beim Tabak um große Arbeiterfreie handelt, welche die Tabakindustrie beschäftigt.

Die „Germania“ schreibt dann zusammenfassend:

Man kann hieraus ersehen, daß sowohl das Zustandekommen der Reichsfinanzreform an sich als auch eine gleichzeitige Einigung der Rechten und Linken des Reichstags keinen ernstlichen Schwierigkeiten begegnen sollte, wenn nur der gute Wille vorhanden wäre, und nicht von anderen Stellen immer aus neue Vorkäufel in die Verhandlungen hineingetragen würde. Vielleicht wird man aber die Frage stellen: wo bleibt bei einer Einigung zwischen der Rechten und Linken das Zentrum? Das Zentrum hat kein Interesse daran, einer Einigung der anderen Parteien hindern in den Weg zu treten, es hat die Frage des Zustandekommens der Finanzreform von vornherein nicht als eine Parteiangelegenheit, sondern als eine pflichtgemäße Aufgabe des Reichstages angesehen und in diesem Sinne an dem Zustandekommen streng sachlich mitgearbeitet, unbeeinträchtigt durch alle Angriffe und Verdächtigungen inoffizieller Geister. Es hat im weiteren Verlaufe die konserverativen Vorschläge unterstützt, weil diese dahin gehen, die Belastung der breiten Volksmassen zu mindern und dafür die bestehenden Klassen, insbesondere das in Bezug auf Besteuerung bisher durch unsere Gesetzgebung so außerordentlich bevorzugte mobile Kapital, etwas stärker heranzuziehen.

Das Zentrum hätte eben so gut der Linken in der Lösung der Finanzreformfrage beistehen können, wenn diese dem Programm des Zentrums entsprechende brauchbare Vorschläge unter gerechter Verteilung der neuen Steuerlasten hätte machen wollen.

Sollte jetzt noch eine Einigung der Rechten und Linken des Reichstags im Sinne der konserverativen Anträge unter entsprechender Heranziehung der Reichtumsfähiger, insbesondere des mobilen Großkapitals, ermöglicht werden, so könnte das Zentrum hierüber nur Genehmigung empfinden, es würde sich

dann gern „auschalten“ lassen, da ja der Zweck seiner Bestrebungen: gerechte Verteilung der neuen Steuerlasten unter tunlichster Schonung der minderbemittelten Volksklassen und des Mittelstandes, erreicht wäre. Das Zentrum kann den vom Abg. Grafen von Westarp aufgestellten Grundgedanken: „Ohne Belastung des mobilen Kapitals keine Finanzreform“ nur als gerecht, ausführbar und zweckentsprechend anerkennen; dieser Grundgedanke deckt sich mit seinen eigenen Anschauungen und mit der Stellung, die das Zentrum schon bei der Erledigung anderer Steuer- und Finanzgesetze in den Jahren 1894, 1900 und 1906 eingenommen hat. Die Bildung einer sicheren Mehrheit für das Zustandekommen der Finanzreform wird auch nur auf dieser Grundlage möglich sein.“

Diese durchaus ruhigen, sachlichen Darlegungen der „Germania“ gefallen der „Frankf. Ztg.“ nicht. Sie spottet über die Strohstrahlen der „Germania“. Das ist eine sehr leichte Art, eine so ernste Frage zu behandeln; aber man sieht daraus, daß das Blatt, das den Geldleuten so nahe steht, eine gewisse Beugung fühlt, wenn es daran denkt, daß es so kommen könnte, wie die „Germania“ schreibt. Tatsächlich ist auch die Verteuerung des Großkapitals äußerst populär. Offen wird, daß endlich lichtvollere Ausblicke sich eröffnen.

Hd. München, 8. Juni. Finanzminister von Paff begab sich heute abend nach Berlin zur Teilnahme an den Ministerbesprechungen. Die Nachricht eines hiesigen Blattes, daß ein Kommuniqué der bayerischen Regierung über die Reichsfinanzreform bevorstehe, entspricht nicht den Tatsachen.

Hd. Berlin, 8. Juni. Die „Germania“ tritt der Behauptung entgegen, es sei fest, daß die bayerische Regierung den Worten des Prinzen Ludwig über die Haltung Bayerns zur Reichsfinanzreform vollständig fernstehe. Das Gegenteil sei richtig. Sie, siehe diesen Worten sehr nahe.

Die Beratungen der Finanzminister der Einzelstaaten über die Reichsfinanzreform, die übernommen werden, werden zwei Tage dauern. Die aus ihnen hervorgehenden neuen Steuerentwürfe der verbündeten Regierungen können aber natürlich erst an den Reichstag gelangen, nachdem über sie ein Beschluß des Bundesrates herbeigeführt worden ist.

Berlin. Die „Frankf. Zeitung“ gibt für die in der nächsten Woche beginnenden Reichstagsverhandlungen das Signal: Die Dinge können sich dann schnell entwickeln, denn die Konventionen und das Zentrum scheinen entschlossen, die Erbschaftsteuer, wenn es ihnen gelingt, kurzer Hand abzutun und die zweite Lesung der Kommissionsbeschlüsse durchzuführen. Es wird gut sein, wenn alle Abgeordneten schon vom nächsten Dienstag ab zur Stelle sind, weil von jetzt ab nicht nur die materiellen Beschlüsse, sondern auch manche Abstimmungen geschäftsordnungsmäßiger Art von entscheidender Bedeutung werden können.

### Die Düsseldorf-Kunstaussstellungen 1909.

Von J. B. Grünau.

Man muß sich ordentlich suchen die Ausstellung der Deutzer Klosterschule. In einem engen, etwas verdickten Raume sind die prächtigen Kartons zusammengedrängt, welche Zeugnis ablegen von dem Fleiß und dem idealen Streben der kunstfertigen Benediktinermönche. Und doch wäre sie wert, recht in die Erscheinung zu treten, denn unsere moderne Kunst kann von diesen strengen Meistern viel lernen. Es liegt eine vornehme Ruhe, ein hoher, idealer Gehalt in diesen kraftvollen Figuren, etwas morgenländisches, an das Ägyptische streifendes. Dabei finden wir Gruppenbildungen, die wirklich als Muster angesehen werden können. Wenn man namentlich der religiösen, christlichen Kunst die Aufgabe zuweist, zu erheben, Seelenfrieden auszuatmen und zu erzeugen, so muß man den Deutzern mit die erste Stelle zuweisen. Wir bedauern, daß wir nicht auch Gelegenheit hatten, die vornehme Farbengebung der Schule zu bewundern.

Das große Problem des Leidens Christi zu lösen hat sich Robert Seuffert zur Aufgabe gestellt. Schon bei der letzten Ausstellung sahen wir zwei seiner Stationen und die Zeichnung der „Gesellschaft für christliche Kunst“ hat eine recht wirksame Reproduktion einer derselben gebracht. Heute ist das ganze Werk uns vorgeführt, leider ist der Raum bei dunklem Wetter schlecht beleuchtet. Es liegt in dem Ganzen eine eigene Art Auffassung. Das Bemerkliche, die alte religiöse Tradition mit der modernen Naturalistik auszugleichen, ist hier wohl am besten gelöst. Die Kirche in Offen darf sich freuen, ein vorzügliches Kunstwerk zu erhalten.

Ab. Hölzel-Stuttgart ist von den einfachen grauen Tönen, die er früher als Dill-Schüler verknüpfte, zu der stärksten Farbwirkung gekommen. Die Sachen sind eigentlich nur Atelierversuche, für uns zu aufdringlich; am besten gefällt uns seine mehr ausgeglichene „Madonna“.

Die musizierende Engelchar vor der Gottesmutter von Aug. Terns sah ich schon auf der Ausstellung 1902, da der Künstler noch ganz unter dem Einflusse Gedharths stand, und recht Gefälliges leistete. Das neuere „Altarbild“ ist einfacher gehalten und spricht durch einen Zug frommer Naivität an. Man merkt, die Eigenart ist im Durchbruch. Eine Arbeit von begabterer Robbarteit ist das Taufbecken von Prof. Schill. Dasselbe zeichnet sich durch vornehme Ornamentik aus und wird jedem Gotteshaus zur Zierde gereichen. Zwei gute „Apostelkartons“ bietet uns Jan Thörn-Priller-Straße. Mit ihrer konturierten Zeichnung sind dieselben für monumentale Flächen sehr geeignet.

Original wirkt A. Pachter (München), Maria Verkündigung in dem grünen Lichte. Gut nach dem Leben gezeichnet und sein in der Zeichnung ist das Porträt des Erzbischofs Dr. Albert von Bamberg durch Professor L. Samberger, München. F. Baumhauer's „Christus“ ist ein freilichtvoller Versuch, dem sich nicht jeder befremden wird. Der gleiche Vorwurf des eben genannten Professors lehnt sich dagegen an alte Meister an und erzielt unbedingte Wirkung. Das große Abendmahl von Gedh. Fugel, München-Coln, ist modern und interessant. Das von Christus ausgehende Licht wirkt sehr gut auf den charakteristisch scharf durchgezeichneten Apostelfiguren. M. Feuerstein, München, bleibt bei der alten Art und läßt seine gut gemalten Typen wirkungsvoll aus dem Goldgrund hervortreten. F. Kunz, München, arbeitet in seinem „Marientempel“ mit bühnenförmiger Farbenvirkung, seine Franziskanerbilder schägen wir höher.

In der Profanausstellung beginnen wir heute unsere Wanderung in dem Prunksaal, dessen Ornamente wir gern vermessen möchten. Das alte Mädesheim von E. Nikitowski ist eine Arbeit voll intimer Reize, bis ins kleinste Detail durchgeführt und von dem Hauche gefundener Romantik durchweht. Wie feil, geradezu hölzerner ist dagegen das Kornfeld in Joffe Gossens „Sommertag“, den nur die Figur in ihrer einfachen

Größe rettet. Schneider-Didam ist durch mehrere gute Porträts vertreten, am besten ist wohl dasjenige des gewissen Landesauptmanns Klein. Schöne Fortschritte hat G. Kiederich mit seinem prägnanten Bauern „nach der Karlofskeller“ aufzuweisen, eine feine, lustige Abendstimmung. Wiederum begegnen wir hier M. Biebermann, der in „Walter und Aind“ koloristisch fein abgewogene Töne bietet. Der „Herbstnachmittag“ von Professor Jungmanns ist eines seiner besten Bilder von eigener Art. Professor Claus Meyer hat mit seinem „Bühnenspieler“ einen guten Wurf. Das reizende Interieur ist mit großem Verständnis gezeichnet. v. Bachmann's „Schönländisches Wirtshaus“ ist ein alter, lieber Bekannter, dem wir schon bei Schulte begegnet sind. Eine Reihe der Ausstellung ist „Der alte Jecher“ von Gerhard Janssen, ein kabinettsmäßiges gefühliges Mollertum, der an Franz Hals erinnert. Nahebei haben wir dann gleich Leibs Hütliches „Im Atelier“, das vielleicht manchem Wiederen nicht gefällt, das aber ein Meisterwerk ist und bleibt. In diesem Meister erinnert auch A. Schönensbeck's „Schreiber“. In dem bedächtigen Allen, der enorm sicher gezeichnet, liegt Qualität. Eng. Diederich verliert in seinem „Antiquar“ eine neue Art. Die Figur ist uns zu photographisch, die alte Art war uns lieber. Wenn sie auch heute überholt ist. M. Petersens „Kinder“ sind sicher gezeichnet, frisch in der Farbe, aber etwas arg süß. An Frische werden sie durch Kallmorgens (Berlin) „Spielende Kinder“ übertriften. W. Geffens, München, „Trache“, der sich von einer See den Vort zeigen läßt, können wir nur als Maler-scherz auffassen. St. Wendels, Charlottenburg, „An der Gida“ ist eine lustige farbenfrohe Skizze. W. Schmurrs Herrenporträt ist brauchbarer als die Sachen des gleichen Malers in der gleichzeitigen Sonderausstellung in der Kunsthalle. W. Reifferscheid's „Rafinad“ bietet dessen bekannte Interieurstimmung mit interessanter Wirkung. A. v. Brandt, Danzig, zeigt in seinem „Mokko-Gartenhaus“ gute lebendige

Technik. Das gilt auch von H. Richters, Charlottenburg, „In der Veranda“. Das Aquarell zeigt eine lebendige Gruppe in angenehmen Tönen. Mich. Kaiser, München, bringt eine gute Stimmung, bei Bolling's Luft und Berge heben sich über den dunklen Tannen gut ab. Jul. Breg illustriert uns in seinem „Feldweg“ etwas zu viel, schließlich wirkt das Bild wie eine Skizze. Die Raumverteilung ist übrigens hervorragend. In der Farbe ist das Bild schön. Max Clarenbach ist mit drei guten Bildern vertreten, welche wiederum die intimen Reize der Winterlandschaft behandeln. Die alte gute Technik tritt uns auch hier entgegen. Nebenbei lebendig ist W. Schreier in seinem „Frühling der St. Sebastianus-Bruderschaft“, ein Schönbild von ganz eigenem Reiz. Mit welcher einfachen Mitteln der reich beladene Tisch gegeben, ist bewundernswert. G. Wendling hat sich wieder der Landschaft zugewandt; sein Winterbild ist durchaus gut. Ab. Reibmayer zeigt uns eine frische Pferdestudie aus dem Gebirge. M. Falkenberg geht in seinen beiden Bildern mit bravur los, koloristisch sind dieselben aber nicht fein getimmt und die Technik ist roh. Prof. Eng. Kampf bietet mit seinen drei Bildern wirklich Gutes. Koloristisch frisch weisen sie eine klare Architektur auf bei interessanter Raumverteilung. Die Studie werden bald ihre Liebhaber finden. M. Engstfelds Kircheninterieur zeichnet sich durch klare Linien aus. B. Panfols, Stuttgart, Porträt ist interessant durch die verschiedenen fein zu einander abgewogenen schwarzen Töne. Erwähnen wir noch G. Paders gut gezeichnetes Aquarell „Hochebene im Sauerland“.

### Theater und Kunst.

Karlsruhe, 9. Juni 1909.  
O. Groß, Hoftheater. In der am Donnerstag, den 10. Juni, abends halb 7 Uhr, stattfindenden Aufführung von Richard Wagner's „Tristan und Isolde“ wird Herr



# Deutschland.

Berlin, 9. Juni 1909.

Ueber Fürst Bülow am Scheidewege schreibt nun auch die „Zeit.“

„Eine seiner altertümlichsten Handlungen aber, eine ausgesprochene Tat war der drohende Bruch mit der Vorherrschaft des Zentrums. Es ist indiskutabel, daß Fürst Bülow einen Friedensschluß mit dieser Partei in dem Moment vollzieht, indem sie den verfassungsmäßigen Gewaltenteilungs ihr laudisches Joch aufzuerlegen sucht. Von einer so tiefen Weisung würde sich der Kaiser niemals wieder erholen können, er hätte Ruf und Ansehen im Inland wie im Ausland mit einem Schläge eingebüßt — eingebüßt ein mittelbar banaler, als der heutigen auswärtigen Politik ein historischer Erfolg beschieden war. Und was wäre damit gewonnen? Ein Staatsmann, der um solchen Preis ein Amt zu retten suchte, der hätte zum Heloten der Mehrheit herab, er müßte allezeit deren gefügiges Werkzeug sein, um das Dprie nicht umsonst gebracht zu haben. Das Zentrum war von jeher ein guter Hasser, es würde dem Fürsten Bülow die Regenerbeteiligung nie verzeihen. Gewiß würden die Augen Herren dem Fürsten zunächst den Stotz erleichtern, sie würden das laudische Joch unter Blumenkränzen verziehen und den Reueigen mit Hofanrufen begießen. Aber wie lange — und der alte Lebermut der Partei käme wieder obenauf, man würde von Dorf zu Dorf weisern, daß das Zentrum den Reichskanzler untergeordnet und zu seinem Hörigen gemacht habe. Nein, es ließe ebenso an dem Charakter wie an dem Verhalte des Reichskanzlers verzeihen, wollte man annehmen, er wäre bereit, sich auf ein verwegenes Landrechtsverhältnis einzulassen. Es würde uns ja nicht erschauern, wenn ihm in diesen Tagen die losenden Zentrenofferten zugegangen wären; indessen würde auch ein Mann von geringerer Intelligenz durchschauen, was er von dieser Freundschaft zu halten hat. Betrachtet man die Situation ganz objektiv, frei von Partei- und Sonderansichten, so stehen dem Kanzler nur zwei Möglichkeiten offen: entweder er gibt sich selbst und seine Politik verziehend preis, indem er den Sprung aus dem Amt in die zum Aufsteig erkorene Villa Malta unternimmt, oder er nimmt als Staatsmann, der der Nation ein Führer sein soll, den Kampf monothistisch auf — einen Kampf, der bei energischer Führung weder aussichtslos noch verzweifelt erscheint.“

Gegenüber diesen Phrasen stellen wir nun fest, daß das Zentrum keine einzige Offerte im Reichskanzlerpalais oder andernwärts abgegeben hat; das Zentrum hat das gar nicht nötig; es stimmt lediglich für konservative Anträge. Lediglich bemerkt zu solchen Auslassungen die „Kreuzzeitung“ sehr treffend: „Falsch ist in den weiteren Ausführungen der „Börsen Zeitung“ aber, daß die Konventionen des Fürsten Bülow, schon bei der Finanzreform in die Lage bringen wollen, seinen Abschied zu nehmen“. An dem Willkür des Fürsten Bülow haben wir keinerlei Interesse, wir sehen dafür auch keinen Grund ein, wenn er ohne den Freisinn die Finanzreform machen muß. Der Freisinn hat ihn eben im Stich gelassen. Das hat der Freisinn oft getan, es ist gar nichts neues. Welchen Verbruch an Ministerien würden wir haben, wenn für sie die Freundschaft des Freisinns Lebensbedingung wäre. Oder will etwa der Freisinn wirklich die 300 Millionen Mark indirekter Steuern bewilligen? Bisher hat er es nur bei unvermeidlichen Worten bescheiden lassen.“

Die Mobilisierung gegen die Notierungsabgabe. Die Agitation gegen die Beschlüsse der Finanzkommission des Reichstages dauert fort, das Direktorium des „Zentralverbandes Deutscher Industrieller“ und der Vorstand des Zentralverbandes des „Deutschen Bank- und Bankierverbandes“ erlassen unterm 25. Mai eine gemeinschaftliche Einladung für eine Abwehrversammlung, welche am 12. Juni dieses Jahres, nachmittags 4 Uhr, in Berlin stattfinden soll. Andere Verbände haben sich dieser Einladung angeschlossen. In der Einladung zu dieser Versammlung heißt es an erster Stelle: „Wie bekannt, hat eine aus konservativen und Zentrum zusammengesetzte Mehrheit der Finanzkommission des Reichstages diejenigen Steuern abgelehnt, welche, wie die Nachlasssteuer, von allen bestehenden Klassen und daher auch von ihren eigenen Kreisen mitzutragen sein würden.“ — Diese Behauptung ist unbarbar. Konservativ und Zentrum zusammen bilden keine Mehrheit in der Finanzkommission, sie besitzen nur 12 von 28 Stimmen, erst durch den Beitritt von Nationalliberalen, Polen, Freikonservativen und Wirtschaftlichen Vereinigung entstand eine Mehrheit gegen die Nachlasssteuer. Die Nationalliberalen haben geschlossen gegen die Nachlasssteuer gestimmt. Das verschweigt die Einladung der beiden Zentralverbände bezeichnenderweise, sie behauptet fälschlich, daß es in der Reichstagskommission eine Mehrheit aus konservativen und Zentrum zusammengesetzt gebe und daß diese Mehrheit die Nachlasssteuer abgelehnt habe. In der Einladung heißt es, „daß Deutschlands Industrie, Handel und Volksgewerbe

am Ende ihrer auf viele und harte Proben gestellten Geduld angelangt und nicht länger gewillt sind, einer Gehegung zum Opfer zu dienen, welche von einseitiger wirtschaftlicher Interessenpolitik und von dem Ringen der Parteien nach politischer Machtstellung sogar jetzt beherrscht wird, wo ausschließlich allgemeine nationale Interessen im Vordergrund stehen sollten.“ Gätte die Einladung anstatt „nationale Interessen“, „nationalliberale Interessen“ gesetzt, würde sie wahrcheinlich das Richtige getroffen haben. — Eine angesehene Firma der Großindustrie hat auf die Einladung folgende Antwort gegeben:

„Wir teilen Ihnen andurch höflichst mit, daß wir aus prinzipiellen Gründen an der „Abwehrversammlung“ nicht teilnehmen werden, da wir im Gegensatz zu den nach unserer Meinung die tatsächlichen Verhältnisse vollständig verkennenden und verdunkelnden Ausführungen der Einladung der Ansicht sind, daß die geplante Erbanfallsteuer die Industrie auf das schwerste schädigen würde, während und die Notierungsabgabe, wie sich solche in Frankreich bewährt hat, eine günstige Art der Besteuerung des mobilien Vermögens zu sein scheint. Auch wir sind der Ansicht, daß allgemeine nationale Interessen im Vordergrund stehen sollten.“

Auch von anderen Großindustriellen, so schreibt die „Saxepost“, liegen Anmerkungen vor, welche die „Notierungsabgabe für die zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere“ nach dem Vorbilde der französischen Gehegung keineswegs als etwas Vermehrliches betrachten, sondern derselben ihre volle Sympathie entgegenbringen, auch wenn sie persönlich dadurch Opfer zu tragen haben.

Professor Dr. Sepp. Am 5. Juni, nachmittags 2 Uhr, ist Dr. Sepp an Altersschwäche sonst verschied. Mit Professor Sepp ist das letzte Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung von 1848, eine markante Persönlichkeit, aus dem Leben geschieden. Am 7. August 1806 war er in Böhlen geboren, studierte anfangs als Alumne des Georgianums Theologie und widmete sich dann der Geschichtsforschung. Als Gelehrter ist er dadurch hervorgerufen, daß er verschiedene Epochen Bayerns in seine Spezialforschung einbezog und das Interesse vieler Kreise in literarischem Sinne auf sie lenkte. Auch über den großen Odres hat Dr. Sepp ein Werk geschrieben. Sepp war ein unruhiger Freigeist, der huzureize, aber nicht zu überzeugen verstand, ein glühender bayerischer Patriot und ein treuer Deutscher. Als Politiker war er plügendem Wechsel unterworfen. Im Jahre 1870 ist er in der Abgeordnetenversammlung den Mobilisationskredit über Nacht eingeschwenkt und hat sich vom Gros der Patriotenpartei losgelöst, die durch Jörg daran fehlte, daß Bayern ohne bestimmte Garantien für seine staatliche Stellung nach dem Friedensschluß nicht das Schwert ziehen sollte. Auch in katonischen Dingen schwanzte Dr. Sepp mitunter. Trotzdem war er eine tiefgläubige Natur und überzeugter Katholik.

Vertagung des Vertretertages der Windthorstbünde. Wie wir vor einigen Tagen mitteilten, sollte in der Zeit vom 10. bis 13. Juni in Bonn der zehnte Vertretertag des Verbandes der Windthorstbünde stattfinden, zu dem die Herren Reichstagsabgeordneten Dr. Epahn, Müller-Judaba und Erzberger Vorträge zugelegt hatten. Da jedoch an dem genannten Tage in Berlin Sitzungen der Reichstags-Finanzkommission und bezügliche Besprechungen stattfinden, an denen die genannten Herren, welche sämtlich Mitglieder der genannten Kommission sind, teilnehmen müssen, ist eine Vertagung des Vertretertages notwendig geworden, wahrscheinlich wird er erst im Herbst stattfinden können.

## Ausland.

### Oesterreich-Ungarn.

Die böhmische Agrarbank. Im österreichischen Abgeordnetenhaus fand gestern die namentliche Abstimmung über die Resolution betr. die böhmische Agrarbank statt. Der erste Teil des Antrags Schuster'sche, der das Vorgehen der Regierung hinsichtlich, wurde mit 241 gegen 237 Stimmen abgelehnt, während die Resolution bezüglich in sämtlichen Punkten angenommen wurde. Ebenso wurde einstimmig die Resolution des Abg. Baron Dorjey angenommen, die u. a. dem gemeinsamen Finanzminister Durian das Mißtrauen ausspricht. Endlich wurde die Resolution Schneider betr. die Schaffung eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes für die gemeinsamen Minister angenommen. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

### Türkei.

Das Uebereinkommen zwischen der Pforte und der Orientbahn beruht auf folgender Basis: 1. Die Pforte zahlt für die ostriennische Linie 20 Mill. Frs. 2. Auf Grund des alten Schiedspruches zahlt die

Pforte 1 1/2 Millionen Frs. und gewährt außerdem der Orientbahn eine Erhöhung des Anteils an den Einnahmen, soweit diese den Betrag von 10333 Frs. übersteigen von 55 auf 70 Proz. Bezüglich der Nachricht, daß die Orientbahn eine osmanische Gesellschaft geworden ist oder werden wird, ist zu bemerken, daß dies wohl von türkischer Seite angestrebt wird beziehungsweise vorgelesen ist, daß jedoch etwas Ungünstiges darüber nicht vereinbart worden ist.

Zur Kreta-Frage erklärte der Militärattaché der türkischen Botschaft in Berlin, Major Enver Bei, einem Mitarbeiter des „Berliner Tageblatt“ u. a.: Ich sehe hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Kretafrage nicht sonderlich optimistisch in die Zukunft, denn die Gesamtsumme aller der vielen Mittel und Mitteln, mit denen man den kretischen Krebschaden zu bewältigen oder doch zu verdecken sucht, beweist, daß man diese türkische Insel doch über kurz oder lang in der einen oder anderen Weise von meinem Vaterlande losrennen möchte. Die Türkei hat sich seiner Zeit nur um des lieben Friedens willen in der leidigen bosnischen Angelegenheit durch Abfindungs-Maßnahmen finanzieller Natur beschwichtigen lassen. Ich erlaube Ihnen, daß Ähnliches in der Kretafrage einfach ausgeschlossen wird. Die Entscheidung überlassen wir dem einschlägigen Gemessen der Mächte. Kommt es aber zum Ausbruch — und ich glaube selbst, daß die Verhältnisse dahin drängen — dann wird die etwa beabsichtigte Loslösung Kretas den Krieg bedeuten. Enver Bei schloß mit dem Hinweis auf die kürzlich bewiesene Schlagfertigkeit der türkischen Armee, die Nutzen ebenso schnell und in ebenso tadelloser Verfassung erreichen würde, wie Stambul. — Nach dem „Reit Parisien“ haben die Garantien der Kreta abgeschlossen, nur ein Kriegsschiff in den kretischen Gewässern zu halten, das in der Suba-Bei stationiert wird. — Das gleiche Blatt meldet aus Konstantinopel, Griechenland habe die Türkei befragt, welche Haltung sie in der kretischen Frage einzunehmen gedente und die Antwort erhalten, es würden türkische Truppen nach der Insel entsandt werden, falls die dortige muslimanische Bevölkerung beleidigt würde. — Der „Turque“ zufolge ist der Ausbruch eines griechisch-türkischen Konfliktes wegen der Kreta-Frage gänzlich ausgeschlossen.

### Rußland.

Skandale in der Duma. Bei der Weiterberatung des Gesetzes über den Religionswechsel kam es in der Duma zu tumultuarischen Ausbrüchen. Der extreme Rechte angehörende Bischof Gulgous polemisierte heftig gegen den Skandalen Karanow, weil dieser behauptet habe, im Bistum des Bischofs Gulgous sei der orthodoxe Glaube durch Pöbeln verbreitet worden; sogar Mütter mit Säuglingen an der Brust seien von Trägern gepöbeln worden, in der Absicht, den orthodoxen Glauben zu verbreiten. Bischof Gulgous bezeugte die Behauptung als Fälschung der Wahrheit und rief den Skandal zu Schluß. Dies zog ihm einen Ordnungsruf des Abgeordneten Meyendorff zu. Hieran entband auf der rechten Seite des Hauses großer Lärm. Es erlitten die Anse: Werft den Deutschen hinaus! Die deutsche Frage! Der Abgeordnete, der sich vergeblich bemühte, die Ruhe wiederherzustellen, hob hierauf die Sitzung an. In der folgenden Nachmittags-Sitzung erließ Präsident Schemajow dem ganzen Hause, wegen der in der Geschichte der dritten Duma unerhörten Skandal, eine ernste Rüge.

### England.

Eine Konferenz von Vertretern der britischen Nationen wird, wie die „Pol. Kor.“ aus London meldet, binnen kurzer Zeit daselbst zusammenzutreten, um im Einverständnis mit der Regierung einen organischen Plan für die Verteidigung der Kolonien zu waffern und zu Lande zu beschließen. Einen der Hauptpunkte ihres Beratungsprogramms wird die von Lord Charles Bessford ausgegangene Anregung bilden, daß zur Verteidigung der Kolonien und des Handelsverkehrs derselben nicht „Rede and ought“, sondern für diesen Zweck speziell eingerichtete Kreuzer konstituiert werden mögen. Die Konferenz wird in diesen Punkten einen endgültigen Beschluß zu fassen haben.

### Siam.

Eisenbahnabkommen der Mächte in China. Das Abkommen über die englisch-französisch-deutsche Eisenbahnpolitik ist, wie dem Neuesten Bureau aus Peking vom 7. Juni telegraphiert wird, unterzeichnet worden. Die Anleihe ist fünfprozentig und in 25 Jahren rückzahlbar, kann jedoch von 10. bis 17. Jahre mit 2 1/2 Prozent Aufgeld abgelöst werden.

## Baden.

Karlsruhe, 9. Juni 1909.

### In Heidelberg.

hielt Oberamtsrichter Dr. Koch vorgestern seine Antrittsrede als Landtagsabgeordneter, in welcher er natürlich auch die Reichspolitik heranzog. In der „Heidelberger Ztg.“ Nr. 131 heißt es u. a.:

„Er erhob Protest gegen die Gesetzvorlage, wie sie von dem Landtag, von Polen, Zentrum und Konservativen, in der Kommission betrieben werde, und indem er mande Einzelheiten näher darlegte, ließ er erkennen, wie sehr die Konservativen, die in der Kommission die Führung übernommen haben, sich an dem Mittelstand verhielten. Sie kämpften da nicht für den Mittelstand, sondern für die Steuerbedrückten. Mit Recht begreife deshalb die Mittelstands-bewegung sich von ihnen abzuwenden. Auch die künftige Haltung der Sozialdemokraten in der Frage der Steuerreform, insbesondere in der Frage der Nachlass- und Erbanfallsteuer, kritisierte er scharf. Wie die Sozialdemokratie zum Mittelstand steht, das illustrierte er durch Ausprüche ihrer Parlamentarier und ihrer Presse.“

Warum hat denn Herr Koch den „nationalen“ Heidebergern nicht auch gesagt, daß, solange die Nationalliberalen ihre Blockade in der Kommission hochhalten, gar nichts zustande kam und daß rasche Arbeit erst geleistet werden, als die Nationalliberalen die gekränkte Lebermutter spezialisierten? Ein hartes Stück ist die Behauptung die konservativen Lämpfer für die Steuerbedrückten — als ob es nicht schon auch in Baden hervorragende Nationalliberale gegeben hätte, welche zur Klasse der Steuerbedrückten gehörten. Solche Ausprüche sind gefährlich, auf keinen Fall trägt jedoch eine solche Auslassung dazu bei, den Wahlmann ruhig und sachlich zu machen. Auch glauben wir, daß es sich für die Nationalliberalen, welche sich kurzzeit für die Großkapitalisten so sehr ins Zeug legen, nicht empfiehlt, Steine auf jene zu werfen, welche der Ansicht sind, daß das Großkapital für das Beste des Reichs wohl etwas mehr als bisher abgeben dürfe. Ebenso sollte man sich dort angesichts der Tatsache, daß in der nationalliberalen Partei alle möglichen Ansichten über die Reichsfinanzreform

vertreten sind, nicht aufs kritische Maß setzen. Die guten nationalliberalen Heidelberger glauben selbstverständlich alles.

### Reliquien.

Von Göttingen wird geschrieben: „Der Birnbäum, in dem sich das Zeppelinische Luftschiff auf seiner großen Reise bei Lebenhausen verlor, ist teilweise nach Friedelslohshausen gebracht worden. Ein anderer Teil des Birnbäumes wurde für 100 Mk. von dem Privatier Lehrentraus in Stuttgart angekauft. Die Wurzeln des Baumes will der Besitzer der Stadt Göttingen als Andenken an den Zeppelintag überlassen.“ Wir sind doch begierig, ob die „Frankfurter Zeitung“ auch darüber ihre spöttischen Glossen macht, wie gewöhnlich, als sie ihre Leser fälschlicherweise glauben machen wollte, ein österreichischer Bischof freie Heiligenreliquien zum Kauf an. Wie die obige Tatsache wieder einmal zeigt, entpuppt die Aufbeziehung von Reliquien und ihre Verächtlichmachung einem allgemeinen menschlichen Zug, der sogar konfessionell sehr weit geht, als die Reliquienverehrung in der Kirche.

### „Wochenbuch“ betr.

Vom Lande, 8. Juni. Die im Einverständnis mit Groß. Oberlehrer erlangte Verordnung Erb. Ordinaris, wonach auch die Geistlichen hinsichtlich entsprechender Einträge ins „Wochenbuch“ der Volksschulen zu machen haben, stößt da und dort auf Schwierigkeiten, insofern manche Klassenlehrer die Herausgabe des „Wochenbuches“ verweigern. In der „Neuen Bad. Schulz.“ war nämlich alsbald von Mannheim aus eine dahingehende Aufforderung erschienen, worin den geistlichen Religionslehrern jedes Recht auf das „Wochenbuch“ abgeprochen und der genannten Verfügung überhaupt weiß Gott was für schlimme Vorwürfe unterstellt werden. Daß die „Neue Badische“ nicht geradezu von kirchlichen Morbplänen durchdrungen ist, darf man wohl annehmen. Es dürfte unter gegebenen Umständen angezeigt sein, wenn im Verordnungsblatt der Groß. Oberlehrerbehörde eine sachdienliche Weisung an die Lehrerschaft ergäbe würde.

Karlsruhe, 8. Juni. Finanzminister Honell ist, wie die „Karlz.“ Ztg.“ meldet, heute zu den Beratungen über die Reichsfinanzreform nach Berlin abgereist.

## Arbeiterzeitung.

Schonach bei Erberg. Am Pfingstmontag fand hier eine Bezirkskonferenz des 12. Bezirks (Billigen) des Verbandes kath. Arbeitervereine der Erzdiözese Freiburg statt. Hauptpunkt der Tagesordnung war ein Referat über „Die neue Reichsversicherungsordnung“, erlattet durch Stadtpfarrer Dr. Feuerlein von Donaueschingen. Die hochbedeutsamen Ausführungen des rühmlichst bekannten Sozialpolitikers veranlaßten die einmütige Annahme folgender Resolution:

„Die am 31. Mai in Schonach tagende Konferenz des Bezirks Billigen begrüßt die im Entwurf einer Reichsversicherungsordnung vorgesehene Ausdehnung der bestehenden Versicherung auf weitere Personenkreise, die Schaffung eines gemeinsamen Unterbaues und einheitlichen Aufbaues und die Angliederung einer Unfall- und Hinterbliebenenversicherung. Sie bedauert auf der anderen Seite die Aufrechterhaltung des zersplitterten Versicherungssystems, die vorgesehene Verkleinerung des Versicherungsbeitrags im „Rentenfreiverfahren“ und das durchaus ungenügende Maß der Hinterbliebenenunterstützung, und sie protestiert lebhaft gegen die geplante Beschränkung der Selbstverwaltung der Krankenkassen.“

## Kleine badische Chronik.

Karlsruhe, 9. Juni. Anstelle des in den Ruhestand getretenen Ministerialdirektors Behrer ist der vortragende Rat im Ministerium des Kultus und Unterrichts, Geheimsekretär Dr. Franz Böhm, zum Ministerialkommissar bei dem Oberst der Israeliten ernannt worden.

Karlsruhe, 8. Juni. Der 10. internationalen Kunstausstellung München wurde der Verkaufslauf ihrer Lose in Baden ausgelassen und dem Verkaufslauf Karl Sz. Karlsruhe deren Generalbetriebe übertragen. Diese 2 Mark-Lose haben den Vorzug, daß auf je zwei Nummern (zwei und ungerade) ein Treffer fallen muß.

Karlsruhe, 8. Juni. Die in den letzten Tagen niedergeschlagenen Gewitter schienen an manchen Orten des Oberlandes großen Schaden an Obst und Feldfrüchten angerichtet zu haben, besonders im Bezirke Bonn. Aus Müdingen wird darüber folgendes berichtet: Vorgefunden wurden wir von einem furchtbaren Hagelwetter heimgegriffen. Roggen ist total vernichtet, Korn und Weizen halb und ganz. Bei Haber und Gerste kann man den Schaden noch nicht ganz berechnen, die Halme sind aber wie in den Boden geworfen. Das Futter fehlt, traubig, Luzerne und Klee sind vollständig zertrümmert, kein Stengel ist unverletzt, alles ist in den Boden gesunken. Die Heuernte wird hinter der von 1898 zurückbleiben, die ganze Gemarkung wurde von dem Hagel heimgegriffen. Hinter den Häusern lagen Hagelsteine vom Hagel zurück bis über einen Meter hoch. Der Hagel dauerte 15 Minuten. Der Schaden wird vom Gemeinderat gegen 100 000 M. geschätzt.

Ferner wird aus Ditzheim gemeldet: Raum hatten wir uns von dem Schreden, den das letzte Unwetter mit seinem Hagelsturm hervorrief, etwas erholt, als gestern mittag gegen halb 1 Uhr aus der Richtung von Schwenningen wieder finster drohendes, schwarzes Gewölke heranzog, in dem auch die gefährdeten Hagelwolken nicht fehlten. Bald öffneten sich des Himmels Schleusen und unter Blitz und Donner entlud sich das Unwetter, bei dem ein Blitzstrahl, trotz Blitzableiter in das Dach des Gasthauses zum „Höfle“ fuhr und es, ohne zu zünden, beschädigte. Dem ging in der Richtung des Elektrizitätswerkes und Landes-Sozialbades, namentlich aber über dem Walde, ein Hagelwetter nieder, daß das Gelände bald ein winterliches Bild erhielt. Der Hagelsturm war auf den Dächern der Gebäude anzuhören wie Schellenfeuer eines Infanterieregiments bei heftigem Gefechtsfeuer und waren nach 2 Stunden ganze Häufen zusammengekommenen Hagelkörner zu sehen. Vom Unwetter scheint nur ein Teil betroffen zu haben, die Hauptstraße ging, vom Sturm getrieben, in der Richtung gegen Donaueschingen zu — gleichsam eine weiße Straße, vom Hagel herabregend, bezeichnete den Weg, den es von uns genommen. — Für Landwirte ist das eine ernste Warnung, die paar Mark, welche die Hagelversicherung kostet, nicht zu scheuen, sondern sich vor schwerem Schaden hierdurch zu bewahren.

Karlsruhe, 8. Juni. Zur evangelischen General-synode. Nach dem Bericht des Oberkirchenrats wurden in den letzten 5 Jahren 11 Kirchen neu gebaut bezw. umgebaut und eingeweiht, 23 Kirchen sind im Neubau begriffen, 17 neue Pfarreien, 9 Vikariate und 8 Pastoralstellen wurden errichtet. Unter den in den letzten Jahren erfolgten Ausbauten aus der evang.

Fritz Trojarski vom Stadttheater in Breslau die Partie des „Trifan“ singen. Für hier sind außerdem neu: Frau Hofmann-Bielefeld als „Johbe“, Fräulein Brunnich als „Drogan“, Herr Schüller als „Metel“ und Herr Bodenmüller als „Steuermann“, während wie früher Herr Wiltner den „Surdeal“, Herr Erl den „Girten“ und Herr Keller den „König Mark“ darstellen wird. Herr Wulfard, der den jungen „Seemann“ singt, führt zugleich die Regie; musikalischer Leiter ist Herr Dr. Gölber.

Kunstfest. Der ehemalige jugendliche Liebhaber der Karlsruhe Hofbühne, der Tenorist Paul Seidler, der seine gefangliche Ausbildung beim Gefangenen-Stützpunkt erhalten hat, ist nach großen Erfolgen am Züricher Stadttheater vom Breslauer Hoftheater eingeladen worden, dort zu gastieren mit unterlegtem Kontrakt und einer Gage von 15 000 M.

## Kirchliche Nachrichten.

Reichenau, 7. Juni. Die „Freie Stimme“ bringt vom Blaufeld folgende Schilderung: Das heutige Blaufeld war vom Wetter und vom Publikum sehr begünstigt, es war nicht zu warm und da der Dienst noch nicht begonnen, strömten viele fromme und auch andere Pilger auf das heilige Eiland, um das Fest mitzumachen. Die schöne Prozession fuhr und am frommen Bürgermilitär und dem erhabenen Kirchenchor sang sich zu erfreuen. Die Reliquie des heiligen Blutes trug Herr Kämmereier Bauer von Wollmatingen, der beim Essen auf eine anmutige Rede hiel. 28 Geistliche, darunter 1 Schweizer, waren anwesend. Die Festpredigt, die großen Beifall fand, hielt Herr Geistl. Rat Freybof über Jerusalem und die hl. Stätten; er hatte sie ja selber gesehen. Das Hochamt gelehrte Herr Pfarrer Dugi von Wollmatingen unter Assistenz der Herren Wiltner und Braun. Nachmittags war ein malerisches Leben und Bewegung auf der reich gesegneten Insel, bis ein ausgiebiger Regen niederlag und auch die dürstenden Fluren erquidete. Der Empfang der hl. Sacramente war ein sehr guter.

Waldsiedlung, 7. Juni. Anstelle des hochw. Herrn Delans Otto Keller in Waldsiedlung, der das Amt wegen Krankheit niederlegte, wurde heute Herr Kämmereier Pfarrer Franz Horn von Niederwilt im 1. Wahlgang zum Delans des Kapitels Waldsiedlung gewählt.

Erstgenen. Herr Viktor Brand hier ist auf 16. Juni als Kurat nach Billingen angewiesen.

Durchaus, 7. Juni. Bei der am 6. Juni stattgehabten Neuwahl des kathol. Stützungsrates wurden folgende Herren gewählt: Orgelfabrikant G. Vott, Grundbesitzer R. Perjon, Schmiedemeister F. Jäger, Gewerbeinspektor G. Waber, Schlosser F. Aint und Gipsermeister G. Wiedemann.

ca. 1866 Perraud, der Bruder des Kardinals Perraud, und Domkapitular von Lutun, soll mit einer Witwe Duval verheiratet gewesen sein. So berichtete Ende vorigen Jahres der Ex-Abbe Houlin aufgrund von Mitteilungen des Ex-Paters Hyacinthe Lohson und viele französische, englische, italienische und deutsche Zeitungen gaben diese Berichte wieder. Jetzt veröffentlicht Mgr. Baudrillard im „Lutun“ eine eingehende Untersuchung über den „Pater Perraud“. Seine Ausführungen gipfeln in folgenden Sätzen: Frau Duval war Frau Perrauds Mutter, der sie in langer Krankheit eine treue Pflegerin war. Sie heiratete einen Metzgermeister Duval, welcher aber im Alter von 36 Jahren ihren Mann und ihr einziges Kind. Sie wurde nun selbst kranklich und war aufstehend ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Darum nahm sie Abbé Perraud als Hausvaterin zu sich und engagierte gleichzeitig eine andere ältere Dienstmagd. Diese, sowie eine Anzahl anderer Frauen befanden, daß das Verhältnis zwischen Perraud und Frau Duval ein durchaus geordnetes war. Geradegu lächerlich ist die Geschichte von der Trauung Perrauds, die dieser selbst in der Schriftreihe eines Zeugnens vorgekommen hätte! Perraud stand in familiären Beziehungen zu Lohson, dem er, noch vor dessen Abfall von der Kirche, seine „Reformidee“ über gewisse kirchliche Einrichtungen, so auch über den Jubiläum, mitteilte. Perraud verlangte Ausnahmen vom Jubiläumsgesetz; daß er für sich selbst eine Ausnahme machte, ist durch nichts erwiesen.







